



BEIRATSSITZUNG 2013

Offener Brief an Innenminister Rhein verabschiedet

Die diesjährige Beiratssitzung der hessischen GdP fand Anfang August in Frankfurt im Haus am Dom statt. Alle hessischen GdP-Kreisgruppenvorsitzenden und der Landesvorstand waren nach Frankfurt gekommen, um gewerkschaftspolitische Themen zu beraten.

Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller eröffnete die Beiratssitzung und gab einen Überblick über den Tagungsverlauf. Detailliert ging er auf die nachmittags stattfindende Veranstaltung „Wahlprüfsterne“ ein und gab die Namen der Diskutanten bekannt, die von den Parteien als innenpolitische Kenner entsandt wurden.

Tarifverhandlungen 2013

In seinem gewerkschaftlichen Situationsbericht bezog Jörg Bruchmüller zu Beginn Stellung zu den Tarifverhandlungen im April dieses Jahres. Die prozentuale Gehaltssteigerung und die ausgehandelten Einmalzahlungen in 2013 und 2014 sind ein zufriedenstellendes Ergebnis. Insbesondere die Vereinbarungen zum Urlaub. Jeder Beschäftigte erhält 30 Tage, und die Übergangslösung für Beschäftigte bis zum



Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller.

Geburtsjahrgang 1969 sind ein gewerkschaftlicher Verhandlungserfolg. Besonders erwähnenswert ist die Übernahmeregulierung für Auszubildende im Anschluss an die Ausbildung.

weckt und eine Lösung in Aussicht gestellt, passiert, ist aber nichts. Die SPD hat die GdP-Initiative aufgegriffen und im Mai dieses Jahres einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht.



Blick in den Saal.

Hessischer Alleingang

Unbefriedigend ist nach wie vor die Sonderrolle Hessens in der bundesdeutschen Tariffamilie. Obwohl sich die hessischen Verhandlungen an dem Ergebnis der TdL orientieren und hohe Summen für ein überdimensional aufgestocktes Tariferferat ausgegeben werden müssen, sieht die Landesregierung keine Veranlassung, in die TdL zurückzukehren. Innenminister Boris Rhein sagte bei der diesjährigen Verhandlungsrunde treffend, dass es schon ein Grund dafür sei, in die TdL zurückzukehren, wenn man sehe, wie viele hier sitzen (gemeint sind die Tarifkommissionsmitglieder) und auf ein Verhandlungsergebnis warten.

Anpassung der Zulagen

Die GdP ist im vergangenen Jahr auch initiativ geworden, um eine deutliche Anhebung der DuZ und Einführung der Schichtzulage für operative Dienste zu erreichen. In Gesprächen mit Innenminister Rhein und Landespolizeipräsident Münch wurden zwar Hoffnungen ge-

BeihilfeVO

Ebenso als GdP-Erfolg ist das Nicht-ändern der Hessischen Beihilfeverordnung zu werten. Wir hatten frühzeitig mit Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen die negativen Folgen für die



Peter Wittig hat die Technik im Griff.

Beschäftigten dargestellt, da die Lasten einseitig nur durch die Beschäftigten zu tragen wären. Letztendlich hatten wir Erfolg und haben jedem Beihilfeberechtigten einige Hundert Euro an erhöhten Krankenkassenbeiträgen erspart.



BEIRATSSITZUNG 2013

Hebungsprogramm nach A 10 und A 11

Im Dezember letztes Jahres haben die Landtagsfraktionen von CDU/FDP ein Hebungsprogramm A 10 und A 11 beschlossen. Die anschließende Verteilung löste bei den Beschäftigten viel Gesprächsstoff aus und man erkannte schnell, dass der beabsichtigte positive Erfolg nicht zu erreichen ist. So sagte schon der ehemalige Innenminister Herbert Günther zutreffend, dass der Polizei noch niemand ungestraft etwas Gutes getan hat.

Neuer Bundesvorsitzender

Wir haben einen neuen Bundesvorsitzenden. Es ist Oliver Malchow aus Schleswig-Holstein. Der bisherige Vorsitzende Witthaut legte das Amt des Vorsitzenden nieder, da er zum Polizeipräsidenten von Osnabrück ernannt wurde.

Mitgliederentwicklung

Ebenso ist die Entwicklung der Mitgliedszahlen der GdP positiv. Hessen hat mit annähernd 12 000 Mitgliedern den

höchsten Stand seit 2006 erreicht. Ein erfreuliches Ergebnis und Beleg für die gute Gewerkschaftsarbeit auf allen Ebenen.

Blockupy-Demo in Frankfurt

Am 1. Juni fand in Frankfurt die Blockupy-Demo statt. Die Diskussionen, Äußerungen, erhobenen Vorwürfe um diesen Einsatz erfolgten oft ohne das nötige Hintergrundwissen. Sollte gegen geltendes Recht verstoßen worden sein, müssen dies die Gerichte feststellen und die Verantwortlichen die Konsequenzen tragen. Die politische Verantwortung liegt selbstredend beim Landespolizeipräsidenten und dem Innenminister. Als Polizei kann man die Sensibilität erwarten, dass an solchen Tagen die politisch Verantwortlichen auch präsent sind. Das Geschehen um diese Einsatzlage und die Darstellung des Innenministers bezüglich der Rolle der Gewerkschaften veranlasste den Beirat, einen offenen Brief an den Minister zu schreiben.

Sachstand Delegiertentagsanträge

Ein weiterer Tagungsordnungspunkt war die Darstellung der Bearbeitung der Anträge des letzten GdP-Delegiertentages in Weilburg.

Verhandlungen zur Entgeltordnung laufen noch

Danach berichtete Heinz Schiskowsky über die Tarifarbeit des letzten Jahres. Insbesondere ging er auf die Tarifverhandlungen, Entgeltordnung und das Hamburger Urteil zur Definition des Streifenganges ein. Dieses Urteil ist für unsere Wachpolizei sowie die Angehörigen von Ordnungs- und Stadtpolizeien von Bedeutung. Die GdP wird die Mitglieder, die in diesen Bereichen arbeiten, anschreiben, das Urteil erläutern und Hilfestellung für eine Antragstellung geben.

Die Bankleitzahl hat ausgedient

Jürgen Aschenbrenner gab darüber hinaus einen Überblick über die Rechtsschutzsachbearbeitung und die Verfahrensumstellung des Beitragsinzugs aufgrund der Einführung von SEPA.

Das Resümee von Jörg Bruchmüller war sehr positiv und er freute sich über den lebhaften Verlauf der Beiratssitzung.

Ewald Gerk,
GdP-Landesvorstand

WAHLPRÜFSTERNE ZUR LANDTAGSWAHL 2013

Opposition will nach Wahlsieg die 42-Stunden-Woche abschaffen!



Alle im Landtag vertretenen Parteien sind gekommen, v. l.: Jörg Bruchmüller (GdP), Wolfgang Grellich (FDP), Christian Heinz (CDU), Prof. Dr. Peter Wedde (Moderator), Hermann Schaus (Die Linke), Nancy Faeser (SPD) und Jürgen Frömmrich (Bündnis 90/Die Grünen).

Unweit der Frankfurter Paulskirche befindet sich das Haus am Dom, in dem die diesjährige Beiratssitzung und GdP-Veranstaltung „Wahlprüfsterne“ stattfand.

Die Frankfurter Paulskirche ist bekannt als Versammlungsort der Nationalversammlung von 1848. Während der Nationalversammlung wurde Erzherzog Johann zum ersten von einem Parlament gewählten deutschen Staatsoberhaupt.

Politisch war auch der Nachmittag des 1. August. Die GdP hatte zu den Wahlprüfsteinen eingeladen. Einer Veranstaltung, bei der die Parteien zu Politikthemen und den Fragen der Polizeibeschäftigten Rede und Antwort standen.



WAHLPRÜFSTERNE ZUR LANDTAGSWAHL 2013



Christian Heinz (CDU).



Nancy Faeser (SPD).



Jürgen Frömmrich (Bündnis 90/Die Grünen).



Wolfgang Greilich (FDP).



Moderator Prof. Dr. Peter Wedde, Uni Frankfurt.



Hermann Schaus (Die Linke).

Die CDU entsandte **Christian Heinz**, der als Ersatzkandidat für Roland Koch im Wahlkreis Main-Taunus kandidierte. Nach Kochs Ausscheiden aus dem Landtag im September 2010 rückte er in den Landtag nach.

Unverständlich für die anwesenden Polizeibeschäftigten war, dass Innenminister Boris Rhein nicht an der Veranstaltung teilgenommen hat. Als amtierender Innenminister und somit auch oberster Dienstherr der Polizei wäre es angemessen gewesen, wenn er die Fragen der Polizistinnen und Polizisten beantwortet hätte. Gerade Innenminister Rhein verkündet bei jeder Gelegenheit, dass er sich wegen der deutlich gestiegenen Anzahl von Angriffen auf Polizeibeschäftigte für einen Schutzparagraphen stark mache. Es wäre gut gewesen, wenn er es den Schutzleuten bei der Veranstaltung erklärt hätte.

Mit **Nancy Faeser** entsandte die SPD ihre innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion und Mitglied des Innenausschusses des Landtags. In einer zukünftigen SPD-geführten Landesregierung soll sie Innenministerin werden.

Bündnis 90/Die Grünen entsandten mit **Jürgen Frömmrich** einen langjährigen innenpolitischen Kenner, der ebenfalls Mitglied des Innenausschusses ist. Jürgen Frömmrich ist bekannt für seine detailliert kritischen Anfragen zu Polizeithemen.

Für die **FDP** nahm **Wolfgang Greilich** an der Podiumsdiskussion teil. Er ist ein erfahrener innenpolitischer Sprecher und auch der jetzige Fraktionsvorsitzende der FDP im Hessischen Landtag.

Die Linke entsandte mit **Hermann Schaus** ihren parlamentarischen Geschäftsführer und Mitglied des Innenausschusses. Dieser hatte zuletzt kein gutes Haar an dem Handeln der Polizei im Zusammenhang mit dem Blockpuyeinsatz im Juni in Frankfurt gelassen.

Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von Prof. Dr. Peter Wedde, der Direktor der Europäischen Akademie der Arbeit an der Universität Frankfurt am Main und Professor für Arbeitsrecht und Recht der Informationsgesellschaft ist.

Einleitend machte Prof. Dr. Wedde Anmerkungen zu den vier Themenschwerpunkten:

1. Die Wochenarbeitszeit für Beamte/-innen

Die GdP kämpft vehement für eine Abkehr von der 42-Stunden-Woche.

2. Zulagen im Polizeivollzug

Seit Langem fordert die GdP die Erhöhung der Zulage zu ungünstigen Zeiten (DuZ), eine Schichtzulage für





Blick in die Runde.

operativ tätige Einheiten und die Wiederherstellung der Ruhegehalt-fähigkeit der Polizeizulage.

3. Personalausbau im Bereich der Tarifbeschäftigten

Die Einschränkungen bei der Stellenbesetzung im Tarifbereich müssen aufgehoben werden.

4. Novellierung des HPVG

Die GdP fordert eine Novellierung des Hessischen Personalvertretungsrechts und eine damit einhergehende deutliche Veränderung – hin zu mehr Mitbestimmung. Darüber hinaus muss eine Erhöhung der Freistellungskontingente zu einem deutlich besseren Betreuungsverhältnis führen.

5. Rückkehr zur TdL

Der Ausstieg aus der TdL hat dem Land Hessen keine Kosten gespart, sondern nur den bürokratischen Aufwand erhöht. Die GdP fordert die Beendigung des hessischen Alleingangs und die sofortige Rückkehr in die TdL.

Die Wochenarbeitszeit der Beamten/-innen

Christian Heinz, CDU, weiß um die besondere Belastung der Polizei, die im Schichtdienst nochmals eine Steigerung erfährt. Was die Wochenarbeitszeit betrifft, stehe Hessen zwar am Schlechtesten dar, müsse sich aber im Gesamtpaket betrachten und im Vergleich mit anderen Bundesländern messen lassen. Nach der Landtagswahl muss man über eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit reden und wie diese zu verwirklichen sei. Eine sofortige Reduzierung im Januar 2014 wird es nicht geben.

Jürgen Frömmrich, Bündnis 90/Die Grünen, erinnerte nochmals an die, durch Roland Koch (CDU) verordnete Einführung der 42-Stunden-Woche und seine damaligen Aussagen vor der

Landtagswahl, dass es keine Sonderopfer für die Beamten/-innen geben werde. Mit einer Regierungsübernahme wollen Bündnis 90/Die Grünen zurück zur 40-Stunden-Woche, zuerst jedoch bei den besonders belastenden Diensten (Wechselschichtdienst) beginnen.

Die FDP will keine Versprechen machen, die sie nach der Wahl nicht halten kann. Wolfgang Greilich sagte, dass er nicht eine Abkehr von der 42-Stunden-Woche versprechen kann. Das Thema sei in der Koalition so beraten worden. Wenn doch, dann müssen Kompensationen erfolgen, die entweder mehr Personal (kostet Geld) oder mehr Überstunden bedeuten. Deshalb keine abrupte Umkehr zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Klare Aussagen von der SPD-Frau Nancy Faeser. „Wir sind klar positioniert und werden sie im ersten halben Jahr nach einer Regierungsübernahme abschaffen.“ Durch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit und der damit einhergehenden Personalreduzierung sei u. a. bei den Polizeistationen ein unerträglicher Zustand entstanden. Das sei unzumutbar. Dafür müsse es Personalsatz geben.

Für die Linken ist es, so Hermann Schaus, logisch, dass der Gleichklang Tarif/Beamte wiederhergestellt werden müsse. Dazu habe Die Linke bei den Haushaltsberatungen immer entsprechende Anträge gestellt.

Von Prof. Dr. Wedde auf die Gegenfinanzierung angesprochen, antwortete Frau Faeser, SPD, dass man sich ausreichend Gedanken gemacht habe und haushaltspolitische Prioritäten setzen werde. Christian Heinz von der CDU entgegnete, dass es so nicht gehe. Schließlich wolle man keine Steuer erheben, um Beamte besser bezahlen zu können. Wolfgang Greilich, FDP, sagte, dass man zwar um die Belastung der Polizei wisse, es jedoch bei der 42-Stunden-Woche belassen wolle.

Zulagen im Polizeivollzug

Bei dem Thema „Anpassung/Erhöhung der Zulagen im Polizeivollzugsdienst“ konnte Nancy Faeser von der SPD klar punkten. Mit dem im Mai 2013 eingebrachten Antrag (Drucksache 18/7387) habe die SPD klar Position zur längst überfälligen Anhebungen der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) und Einführung der Schichtzulage für die Operativen Einheiten bezogen. Für die Polizeibeamten/-innen in den OPEen sei es die erstmalige Anerkennung ihres unregelmäßigen Dienstes. Auch wenn es mehrheitlich in der öffentlichen Innenausschusssitzung am 21. August 2013 abgelehnt werde, werde es eine SPD-geführte Landesregierung im kommenden Jahr umsetzen. Weiterhin sei die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage das langfristige Ziel.

Hermann Schaus von den Linken zog eine Parallele zu dem normalen Arbeitsleben. Nicht alles sollte mit Zulagen geregelt werden, sondern unterschiedliche Belastungen erfordern auch unterschiedliche Bezahlung.

Jürgen Frömmrich von den Grünen machte keinen Hehl aus der Sympathie für die Anpassung der DuZ und Schichtzulage.

Die FDP sieht jedoch die Priorisierung bei der 42-Stunden-Woche, so Wolfgang Greilich. Der Haushalt für 2013/2014 sei verabschiedet und er sehe keine Möglichkeit der Umsetzung. Wie wichtig der Polizei die Reduzierung der Arbeitszeit sei, nehme er aus der Veranstaltung mit.

Christian Heinz von der CDU merkte an, dass alle Länder die Zulagen eingefroren haben, was Peter Wittig, GdP Westhessen, widerlegen konnte.

In diesem Zusammenhang wurden auch die Beamtenpensionen, Beihilfe und andere Themen angesprochen.

Personalausbau im Bereich der Tarifbeschäftigten/Rückkehr zur TdL

Einleitend sagte Prof. Dr. Wedde, dass es bei dem Thema Rückkehr in die TdL nur ein Ja oder Nein gibt.

Klar positionierte sich Wolfgang Greilich von der FDP. Der hessische Sonderweg mit dem TV-H sei eine gute Sache, und eine Rückkehr in die TdL gebe es nicht.



WAHLPRÜFSTERNE ZUR LANDTAGSWAHL 2013

Dies untermauerte Christian Heinz von der CDU, der noch ergänzte, dass es durch den TV-H keine Schlechterstellung gäbe und die hessischen Beschäftigten dadurch Leistungen bekämen, die es sonst nirgendwo gibt.

Hermann Schaus, Die Linke, entgegnete, dass es überhaupt keinen Grund dagegen gäbe, warum Hessen nicht in die TdL zurückkehren soll. Der hessische Sonderweg zeige sich schon bei der Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten/-innen.

Nancy Faeser von der SPD sagte, dass man nach einer Regierungsübernahme auf jeden Fall in die TdL zurückkehren werde. Hessen soll nicht als einziges Land außen vor bleiben. Hessische Besonderheiten müssten im Sinne der Beschäftigten mit der TdL verhandelt werden.

Dies unterstrich auch Jürgen Frömmrich von den Grünen.

Novellierung HPVG

Die Vertretungen der Arbeitnehmer betrachten wir als Bereicherung



Blick in die Runde.

und nicht als Bedrohung. Deshalb werde nach einer Regierungsübernahme schnell mit den Gewerkschaften verhandelt, erläuterte Jürgen Frömmrich.

Auch die SPD will echte Mitbestimmung, echte Beteiligung und ausreichend Freistellungen. Ziel der SPD, so Nancy Faeser, ist es, die Mitbestimmung und die Personalräte zu stärken. Wir wollen miteinander und nicht über die Köpfe hinweg verhandeln.

Ergänzend sagte Hermann Schaus, Die Linke, dass der Ausbau der Mit-

bestimmung und das Letztentscheidungsrecht der Einigungsstelle wichtig seien.

Dagegen sehen CDU und FDP keinen Änderungsbedarf beim derzeitigen Personalvertretungsrecht (HPVG).

Prof. Dr. Wedde fasste abschließend nochmals die Podiumsdiskussion zusammen und endete: „Ich möchte uns allen eine gute Wahl wünschen!“

Ewald Gerk,
GdP-Landesvorstand

WARNSCHILDER VOR RADARANLAGEN

Schilda lässt grüßen!

Der hessische Verkehrsminister Rentsch hat verfügt, dass in ausreichendem Abstand vor jedem ortsfest installierten Geschwindigkeitsmessgerät (Radarfalle) ein Hinweisschild aufgestellt werden muss. Festinstallierte Radaranlagen sollen an Gefahrenstellen wie Unfallsschwerpunkten oder auch Schulen und Kindergärten stehen. Ihr Sinn ist es, auf die Einhaltung der Verkehrsregeln, insbesondere der Geschwindigkeitsbeschränkungen hinzuwirken, erläuterte der Minister. Die Realität sieht jedoch meistens anders aus. Viele dieser Radaranlagen stehen an Ortseingängen und mehrspurigen breiten Straßen. Vergleichbare Hinweisschilder gibt es z. B. in Schweden, der Schweiz, Großbritannien und Frankreich.

Die Studie „Auswirkungen der Verkehrsüberwachung auf die Befolgung von Verkehrsvorschriften“ (Bundesanstalt für Straßenwesen, 2001) stellt fest: Überwachungstätigkeit wirkt nur dann generalpräventiv (= abschreckend), wenn Pkw-Fahrer



Verkehrsminister Rentsch enthüllt das erste Warnschild. Foto: HMWV

nicht wissen, wann und wo sie kontrolliert werden. Daraus folgt, dass ortsfeste Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen zur Generalprävention ungeeignet sind. Die meisten Straßen werden mehrheitlich von Ortskundigen

befahren, die aufgrund der (vermeintlichen) Kenntnis der Situation eher zu überhöhten Geschwindigkeiten neigen als Ortsunkundige und die Standorte der Anlagen kennen. Ortsfeste Anlagen sind nur dazu geeignet, örtlich begrenzt das Geschwindigkeitsniveau abzusenken, wo dies aufgrund der besonderen örtlichen Umstände zwingend geboten ist. Ist dies immer der Fall?

Ziel einer Verkehrsüberwachung ist die Erhöhung der Verkehrsmoral und die Senkung von Unfallzahlen zum Schutz aller Verkehrsteilnehmer. An dieser wichtigen und sensiblen Aufgabe arbeiten Verkehrsexperten der Polizei. Von keinem der Experten ist jemals zu hören gewesen, dass man flächendeckend vor jedem fest installierten Gerät Warnschilder aufstellen soll.

Das Gegenteil der im großen Stil geplanten „Warnung vor den Blitzern“ wird mit höchster Wahrscheinlichkeit eintreten. Das Rasen innerhalb und außerhalb geschlossener



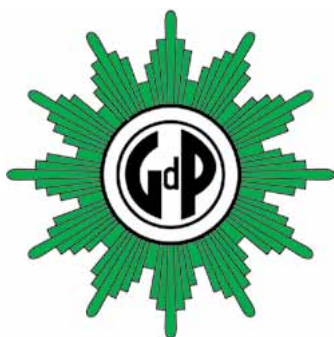
WARNSCHILDER VOR RADARANLAGEN

Ortschaften, an Gefahrenstellen und Unfallschwerpunkten wird zu einem Spiel der Strategen nach dem Motto: „Vorher bremsen und nachher Gas geben“. Wer Regeln nicht beachtet, weiß, dass er mit Konsequenzen zu rechnen hat.

Die meisten Bürger/-innen haben den Vorschlag von Verkehrsminister Rentsch als populistisches Wahlkampfhema entlarvt.

Die GdP fordert, dass es weder Hinweisschilder noch sonstige Warnungen vor Geschwindigkeitsmessungen geben darf. Die Geschwindigkeitsüberwachung gehört ausschließlich in die Hände der Fachleute, der Polizei.

gdp



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuer
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

HESSISCHES IMMOBILIENMANAGEMENT

Da kann man nur mit dem Kopf schütteln!

Dieser Landesbetrieb (HI) gehört zum Land Hessen und muss gewinnorientiert bzw. mindestens nicht defizitär arbeiten. Er unterliegt dem Finanzministerium. Folgerichtig wären diese Menschen im weitesten Sinne auch meine Kollegen. Davon distanzieren mich in aller Deutlichkeit, weil ich nicht den Eindruck habe, dass dort zielorientiert und zum Wohle der Polizeibeschäftigten gearbeitet wird.

Bei Einführung der HI sollten die Liegenschaftsverwalter der Präsidien nicht mehr nötig sein. Der Service des HI sollte das abdecken. Jetzt frage ich mich, weshalb sich zwei Menschen für ein Präsidium damit beschäftigen? Hinzu kommt jeweils ein Verantwortlicher pro Polizeidirektion. Es beschäftigen sich mindestens sieben Menschen um die Liegenschaften meines Präsidiums. Oft handelt es sich hierbei um Vollzugsbeamte. Die Antwort liegt auf der Hand; es klappt hinten und vorne nicht. Bei Komplikationen sind dann noch mindestens ein Direktions- und Stationsleiter, sowie Personalrat und Arbeitsschutzbeauftragter mit von der Partie. Völliger Irrsinn!

In einer südhessischen Liegenschaft wird die Warmwasserversorgung aufgrund eines Energieeinsparungserlasses zur CO₂-Reduktion gekappt. Von da an hatten alle Beschäftigten im Haus nur kaltes Wasser, auch zum Duschen. Wen interessiert es, ob Kollegen der Kripo nach einer Brandstelle oder nach einer Leichenschau sich säubern wollen – und wenn, dann mit kaltem Wasser gefälligst! Nach gemeinsamer Intervention der Führungsgruppe und des Personalrates hat man punktuell Warmwasserboiler installiert und der Streit geht weiter. Im März schreibt der HI-Objektleiter einen Prüfungsantrag, ob Warmwasser notwendig ist und ganz wichtig, wer übernimmt die Kosten hierfür. Auf Anfrage des Personalrates im Juni wurde man wenig professionell abgewimmelt. Man hatte spontan nachgefragt, und wurde auf den Dienstweg verwiesen und das im Unwissen, dass Personalräte keinen Dienstweg haben. Mein Vorschlag ist, dass sich ein Objektleiter um die Liegenschaft kümmern muss, d. h. er muss bei den Aufträgen hinterher sein. Einen Prüfungsauftrag zu fertigen und sich dann gemütlich auszurufen bis eine Antwort kommt, ist ungenügend und schon gar nicht professionell. Was mich dabei stört, ist, dass man den Vorgang einfach so schleifen lässt und alle

Beschäftigten im Haus ihn ertragen müssen. Umso größer wird die Verärgerung, wenn man weiß, dass das HI für diese Arbeitsleistung bezahlt wird.

Die aktuelle Situation ist, dass der Personalrat mit einer Anzeige beim Regierungspräsidium Darmstadt wegen des Verstoßes gegen die Arbeitsstättenverordnung gedroht hat. Diese sieht nämlich nach meiner Auffassung vor, dass bei Behörden, wie der Polizei, eine Warmwasserversorgung gewährleistet sein muss. Die Frist zur Behebung läuft. Schlimmer wird es dann, wenn man den Grund der Maßnahme revidiert. Es ist nicht der Erlass zur CO₂-Reduktion Anlass zur Kappung, sondern die Legionellengefahr im Wasser! Gut, dass die Beschäftigten nicht gewarnt wurden. Von Kollegen hätte man das noch erwarten können!

In einer anderen Liegenschaft benötigt man mehr als zwölf Monate, um ein Foyer zu bauen. Es war die längste Kleinbaustelle in Südhessen. Mal war ein Arbeiter da, mal war über mehrere Tage keiner da, auch keiner vom HI um zu prüfen, ob die Arbeiten liefen.

Dann sollte eine Klima-Lüftungsanlage angeschafft werden. Weder die Anzahl der Räume, noch das Fabrikat der Anlage standen fest. Aber einen Vorschuss im fünfstelligen Euro-Bereich hat man umgebucht. Prima, das klappt wenigstens.

In einer anderen Liegenschaft funktioniert ein Garagentor nicht. Dies wird bemängelt. Die HI weigert sich, dies zu reparieren, weil, wie so oft, die Kostenübernahme nicht geregelt ist. Der Eigentümer (Investor) muss nur für Fenster und Türen aufkommen. Für ein Tor muss das HI aufkommen. Begründung des Eigentümers ist, dass nach seiner Rechtsauslegung des Mietvertrages er nur für Türen und Fenster aufkommen muss, weil man durch diese entweder durchlaufen oder durchsehen kann, aber durch ein Tor fährt man durch. Jetzt streiten sich HI und Eigentümer. Die Zeit läuft; das Tor ist unbenutzbar und die Leidtragenden sind wir! Wen interessiert es! Das HI ist geduldig. Dieses Problem darf nicht unser Problem werden, leider zeigt die Realität etwas anderes. Es interessiert mich nicht, wer, was, wann, wie zahlt und wer welche Schwierigkeiten hat. Ich will, dass die Liegenschaft für unsere Arbeit uneingeschränkt nutzbar ist. Alles andere muss mich nicht interessieren.



HESSISCHES IMMOBILIENMANAGEMENT

Wenig bewundernswert ist auch die Beratungsresistenz der Landesregierung. Trotz mehrfacher Hinweise und Kritik will man von dieser Entscheidung nicht abrücken. Das würde bedeuten, dass die Regierungsverantwortlichen einen Fehler eingestehen müssten, aber das passiert bekanntlich nicht.

Und eins bleibt sicher, solange sich das nicht ändert, werde ich meine Meinung nicht ändern. Nach der Anzeige beim Regierungspräsidium Darmstadt folgt der Gang zum Hessischen Rechnungshof. Die Geduld ist hier am Ende.

Das Motto heißt: „Wir sorgen für Probleme und machen dem Freund

und Helfer das Leben schwer“!

Anmerkung: Dieser Artikel spiegelt ausdrücklich meine persönliche Meinung wider und basiert auf der Grundlage von Erfahrungswerten.

**Antonio Pedron,
Darmstadt**

REZENSION

Polizeiwissen auf einen Blick – EINGRIFFSRECHT HESSEN

Rezension der „Vorschriftensammlung für den polizeilichen und gefahrenabwehrrechtlichen Alltag in Ausbildung und Praxis“ von Ass. jur. Dirk Weingarten.

Polizeiwissen
auf einen Blick

EINGRIFFSRECHT
Hessen

Vorschriftensammlung
für den polizeilichen und
gefahrenabwehrrechtlichen Alltag
in Ausbildung und Praxis

von

Ass. jur. Dirk Weingarten

wichtigsten Rechtsvorschriften für den täglichen Dienst zusammengestellt. Dadurch ist jetzt ein Werk auf dem Markt der Fachliteratur, das alle wesentlichen Rechtsgrundlagen für Beschäftigte der Gefahrenabwehrbehörden und der Polizei in Hessen beinhaltet, das sowohl für die Aus- und Fortbildung als auch als Nachschlagewerk für den täglichen Dienst Verwendung finden kann.

Nach einem alphabetischen Schnellregister, einem Vorwort und dem Inhaltsverzeichnis werden klar gegliedert das hessische Gesetz über die Öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) mit der dazugehörigen Verwaltungsvorschrift (VVHSOG) und Durchführungsverordnung (HSOG-DVO), die Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des § 13 HSOG (VWVaPol), das Gesetz über den freiwilligen Polizeidienst (HFPG) mit der dazugehörigen Verwaltungsvorschrift (VVF-PolG), die Richtlinien über die Berechtigung zum Führen von Dienstkraftfahrzeugen und die Dienstfahrerlaubnis zum Führen von Dienstkraftfahrzeugen der hessischen Polizei, der Erlass über den Umgang mit dienstlichen Schusswaffen bei der hessischen Polizei, der Polizeigewahrsamsordnung, der Asservatenordnung für die hessische Polizei, das Gesetz über die Entziehung der Freiheit geisteskranker, geistesschwacher, rauschgift- und alkoholsüchtiger Personen (HFEG) mit der dazugehörigen Verwaltungsvorschrift (VVHFEG) sowie dem Erlass über die Unterrichtung der Fahrerlaubnisbehörden über Maßnahmen nach dem HFEG, der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern und für Sport (Vw-KostO), der Schadensersatzrichtlinie (SERS-RL) sowie ergänzend das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) im Wortlaut einschließlich der Daten für das Inkrafttreten, Änderungen und Außerkrafttreten aufgeführt.

Mit diesem Buch ist das erste Werk mit allen wesentlichen Rechtsvorschriften für polizeiliches und gefahrenabwehrrechtliches Eingriffshandeln in Hessen auf dem Markt. Besonders zu erwähnen ist auch die für eine gebundene Gesetzessammlung außergewöhnliche Aktualität.

Neben wichtigen Gesetzen einschließlich zugehöriger Verwaltungsvorschriften beinhaltet das Buch auch bedeutsame Erlasse und Richtlinien, die sowohl für die Aus- und Fortbildung als auch für den praktischen Dienst von Bedeutung sind. Damit ist für alle Beschäftigten der hessischen Polizeien und der Gefahrenabwehrbehörden, mithin der öffentlichen Verwaltungen der Städte und Gemeinden, eine sehr aktuelle Vorschriftensammlung greifbar.

Das Buch ist im Selbstverlag erschienen und zum Preis von 14,90 Euro unter Mailadresse: Eingriffsrecht@Dirk-Weingarten.de erhältlich.

Edgar Groß

Nach der Lern- und Entscheidungshilfe mit den wesentlichen rechtlichen Eingriffsbefugnissen für Schutz- und Kriminalpolizei ist im Mai 2013 mit der Vorschriftensammlung für den polizeilichen und gefahrenabwehrrechtlichen Alltag in Ausbildung und Praxis das zweite Werk von Dirk Weingarten in der Schriftenreihe „Polizeiwissen auf einen Blick – EINGRIFFSRECHT HESSEN“ erschienen.

Der Autor und Jurist, der Fachlehrer an der Polizeiakademie Hessen im Bereich Eingriffsrecht ist und daneben u. a. auch in der Aus- und Fortbildung von Hilfspolizeibeamtinnen und Hilfspolizeibeamten tätig ist, hat in der mit gut 320 Seiten gebundenen Ausgabe die



BEITRAGSEINZUG

Umstellung auf SEPA-Basis-Lastschriftverfahren

SEPA-Umstellung – was passiert ab dem 1. August 2013?

Wir nutzen zur Zahlung des GdP-Mitgliedsbeitrages die Lastschrift (Einzugsermächtigungsverfahren). Als Beitrag zur Schaffung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (Single Euro Payments Area, SEPA) stellen wir **ab dem 1. November 2013** auf das europaweit einheitliche SEPA-Basis-Lastschriftverfahren um. Die von unseren Mitgliedern bereits erteilte Einzugsermächtigung wird dabei als SEPA-Lastschriftmandat weitergenutzt. Dieses Lastschriftmandat wird durch eine Mandatsreferenz und unsere

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE80ZZZ00000041112

gekennzeichnet, die von uns bei allen Lastschrifteinzügen angegeben werden. Da diese Umstellung durch uns erfolgt, ist durch unsere Kolleginnen und Kollegen nichts zu unternehmen.

Die Mandatsreferenznummer, der Monatsmitgliedsbeitrag und unsere Gläubiger-ID wurden unseren Mitgliedern beim Beitragseinzug zum 1. August 2013 im Kontoauszug mitgeteilt. Ebenfalls teilten wir dort den nächsten Abbuchungstermin mit.

Sollten diese Angaben nicht mehr aktuell sein, bitten wir um zeitnahe Nachricht an uns. Dazu bitte auch IBAN und den BIC angeben (siehe Kontoauszug).

Die aktuelle GdP-Beitragstabelle haben wir auf unserer Homepage **hier** eingestellt. (Log-In erforderlich). Wir buchen immer zum ersten Werktag im zweiten Monat des Quartals ab.

Bei Fragen zu diesem Thema: GdP Landesbezirk Hessen, Wilhelmstr. 60a, 65183 Wiesbaden. Telefon 06 11/ 9 92 27 40.

**Gewerkschaft der Polizei,
Landesbezirk Hessen**

NACHRUF

Dr. Herbert Günther verstorben



In der Nacht zum 11. August verstarb im Alter von 84 Jahren der langjährige Staatsminister Dr. Herbert Günther in Wiesbaden. Er war ein großer Hesse und hat in unse-

rem Bundesland viele Spuren hinterlassen.

Seine politische Karriere begann Dr. Günther 1963 als Landrat im Untertaunuskreis. In den Folgejahren war er Landrat des Landkreises Kassel (seine Heimatregion), Präsident des Hessischen Landkreistags und Minister für Justiz und Inneres. Als Innenminister nahmen wir Dr.

Günther als einen Politiker mit Bodenhaftung wahr.

In seiner Amtszeit als Innenminister hat Dr. Herbert Günther bis zuletzt nachhaltige Spuren bei der Polizei hinterlassen, und er gilt als der „Vater der Zweigeteilten Laufbahn“ und hat damit Hessens Polizei zur bundesweit am besten ausgebildeten gemacht.

Dr. Herbert Günther war ein Innenminister, der sich bei den Polizeibeamtinnen und -beamten in Hessen höchsten Respekt erworben hat. **gdp**

EHRUNGEN

**25-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum**

Torsten Alber
Jürgen Eimer
Elvira Hennche
Marita Schäfer
Heinrich Hermann Stenzel
Bezirksgruppe Frankfurt
Kai Schaub
Kreisgruppe Kassel

**40-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum**

Manfred Dörner
Bezirksgruppe Frankfurt
Erich Lotz
Peter Kreischer
Gerhard Neßler
Kreisgruppe Odenwald

**50-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum**

Gerhard Terk
Kreisgruppe Odenwald

Dieter Gräf
Hildegard Karge
Bezirksgruppe Frankfurt

**60-jähriges
Gewerkschaftsjubiläum**

Gerhard Friedrich
Kreisgruppe Odenwald

NACHRUF

*Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Hessen –
trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:*

Harald Zarges
Kreisgruppe DirV/S Südhessen
Herbert Gellert
Friedrich Bürgener
Reinhard Merte
Adolf Pfeiffer
Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf

Walter Heck
Erich Jegust
Jürgen Koppe
Bezirksgruppe Frankfurt
Ingeborg Rehbein
Kreisgruppe Gießen-Wetzlar
Dieter Salewski
Kreisgruppe Werra-Meißner

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

